

AUSZUG

Covid 19 Webinar Zivilrecht/ZPO

Rechtsanwalt Michael Sperl

Auszug 6. Auflage

6. November 2022

Unser verbindlicher Dank gilt

unserer Organisationschefin Frau Felicitas Arndt

und vor allem den wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen

Frau Ricarda Wollweber

Herrn Bjarne Neumann

Frau Kim Lucaßen

Die Unterlagen sind urheberrechtlich geschützt.

Eine Verwertung – unter anderem auch die Vervielfältigung und/oder öffentliche Zugänglichmachung – ist mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle nur mit Einwilligung der Urheber gestattet.

Rechtsanwälte Dr. Uwe Schlömer und Michael Sperl,

Hamburg im November 2022

Inhaltsübersicht

Vorab: relevante Themen fürs Examen

- A. COVID-19 und Fitnessverträge
- B. COVID-19 und Pauschalreiseverträge
- C. COVID-19 und Mietverträge
- D. Gutscheinelösung bei Großveranstaltung
- E. COVID-19 und Verbraucherschutzrecht
- F. COVID-19 und Darlehensrecht
- G. COVID-19 und allgemeines Schuldrecht
- H. Exkurs: „Betriebsschließungsversicherungen“
- I. COVID-19 und ZPO

Zu unserem Dozenten und Autor Rechtsanwalt Michael Sperl

Geschäftsführer und Seniorpartner hemmer	Hamburg
Seniorpartner hemmer/econect Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Fachanwälte	Frankfurt/Main
Seniorpartner Kanzlei Schlömer & Sperl Rechtsanwälte	Hamburg
Kursleiter für Zivilrecht hemmer Nord/West	Hamburg Göttingen Bochum Fit 12 / Münster Bremen
Kursleiter für Zivilrecht Assessor Kurse hemmer Nord	Hamburg Niedersachsen Bremen Schleswig- Holstein

Vorwort zu diesem Skript und Webinar

Unser Webinar „corona“ aus dem Bereich **Zivilrecht, ZPO, Nebengebiete und Strafrecht** ist mittlerweile schon ein „**Klassiker**“ in der Ausbildung. Das vorliegende Skript erscheint jetzt schon in der **6.Auflage**

Unser Augenmerk liegt – natürlich neben der Aktualität - vor allem auf der Frage: **Was ist wirklich examensrelevant?**

Dieses Skript und das Webinar haben das Ziel, in möglichst einfacher und strukturierter Form die **examensrelevanten Themen** übersichtlich darzustellen. Und das in einem überschaubaren Umfang und Aufwand.
Für beide Examina.

Die **6. Auflage** ist gegenüber der 5. Auflage – soweit erforderlich – **überarbeitet, ergänzt und aktualisiert** worden. Insbesondere die wichtigen Bereiche „Fitnessclubvertrag“ und „Mietrecht“ wurden graphisch angepasst und inhaltlich aktualisiert.

Wichtig ist, dass Sie bei der Nacharbeit die angegebenen Vorschriften jeweils genau mit- und nachlesen.

Die Arbeit mit dem Gesetzestext ist wie immer essenziell!

Wir wünschen Ihnen alles Gute für Ihre anstehenden Prüfungen und drücken Ihnen dafür die Daumen.

Rechtsanwälte Michael Sperl und Dr. Amer Issa

Zusammen mit dem **Team von hemmer Nord**
und **Schlömer & Sperl Rechtsanwälte**

Auszug: Was kommt dran? « Corona » – relevante Themen für's Examen (Stand November 2022)

I. Schriftliche Prüfungen

1. Fitnessvertrag

- **Verhältnis allgemeinem Leistungsstörungenrecht zu Mietrecht**
- **Automatische Verlängerung des Vertrags, § 313 BGB**
- **Möglichkeit der Minderung des Mitgliedsbeitrags im Fitnessstudio**

2. Reisepauschalvertragsrecht § 651 a BGB

- **Corona als außergewöhnlicher Zustand; Wirkungen der Reisewarnungen, kleiner europarechtlicher Bezug (Erwägungsgründe der RL)**
- **§ 651 h I 3, III BGB**
- **Corona als Reisemangel**
- **Rechte des Reisenden aus § 651 i II BGB**

3. Mietrecht § 535 BGB (!)

- **Folgen von Art.240 § 2 EGBGB für die Kündigung (!)**
- **Corona und „Mietreduzierung“ § 536 BGB oder § 313 BGB**
- **Art.240 § 7 EGBGB in § 313 BGB (!!!)**

.
. .
.

ENDE AUSZUG

II. Auszug: Mündliche Prüfungen

1. Frage nach Gutscheinlösung Art.240 § 5 EGBGB bei Pauschalreiseverträgen, Fitnessstudioverträgen und Konzerten

2. Was kann der Reisende tun, wenn im Urlaubshotel Corona ausbricht?

- Kündigung nach §651 I BGB
- Frage nach möglichen SE-Ansprüchen, wenn Hotelleitung Hygienemaßnahmen missachtet hat

·
·
·
·
·

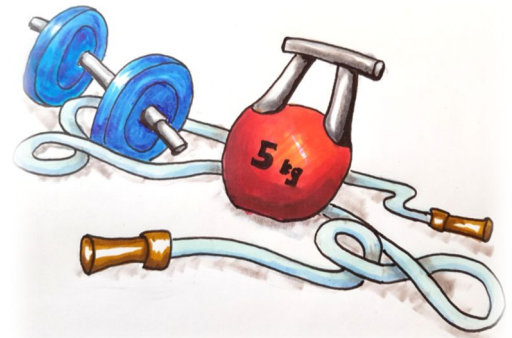
Ende Auszug

A. Auszug: COVID-19 und Fitnessverträge

Hinweis: Examensrelevant für schriftliche und mündliche Prüfung!

I. Primärpflichten aus dem Fitnessvertrag während der Schließung „im Lockdown“

1. Leistungspflicht des Fitnessstudiobetreibers



a) Sachlicher Anwendungsbereich

- i.d.R. v.a. Nutzungsüberlassung der Geräte und Räumlichkeiten wie Duschen, Umkleidekabinen, Saunen und Dienstleistungen wie Fitnesskurse etc. („Typengemischter Vertrag“)
- Schwerpunkt wird aber in aller Regel auf Nutzungsüberlassung liegen, so dass Mietrecht anwendbar ist.

b) Entfallen der Leistungspflicht, §275 I BGB

- (P) §§ 275 I / 326 I 1 BGB verdrängt durch Mietrecht (§§ 536 f. BGB) als „lex specialis“?
 - Grundsätzlich ist nach Gefahrübergang das besondere Leistungsstörungsrecht vorrangig
 - Hier muss aber allgemeines Leistungsstörungsrecht anwendbar sein, weil der Fitnessstudiobetreiber keinerlei Einflussmöglichkeit auf den Mangel hat (Allgemeinverfügung) und Nutzer ja gar nicht in die Räume des Fitnessstudios kommt (= keine Überlassung!)

- **Rechtliche Unmöglichkeit** wegen der Allgemeinverfügungen, die **Schließung sämtlicher Fitnessclubs** anordnet

- **Insbesondere: Nachholung** der Leistung nach Wegfall des Unmöglichkeitgrundes **sinnlos** – Betreiber schuldet nach dem Vertrag die Gestattung der Nutzung gerade auch in dem von der Schließung betroffenen Zeitraum
 - Siehe hierzu insofern das **elementare BGH Urteil v. 04.05.2022 – XII ZR, 64/21**
 - **Dauerschuldverhältnis** entspricht also **absoluter Fixschuld, also § 275 I BGB**
 -
 -
 -
 -

Ende Auszug

B. Auszug: Zum Selbstbearbeiten:

COVID-19 und Pauschalreiseverträge

Hinweis:

Examensrelevant bisher vor allem für die **schriftliche Prüfung!**
Abgeprüft z.B. Hessen 2. Examen Mai 2021

Aber Achtung:

Nicht (mehr) in allen Bundesländern Prüfungsstoff ab 2022/2023.
Informieren Sie sich bitte über die Prüfungssituation in Ihrem Bundesland!

I. Def. Pauschalreise

- Reise, bei der **mindestens zwei verschiedene Reiseleistungen** gebucht werden (Flug, Hotel, Mietwagen, etc.),
§ 651a II BGB

II. Rücktritt vor Reisebeginn

1. Allgemeines

- **Richtet sich nach § 651 h BGB**
- Grundsätzlich jederzeit und **ohne Angabe von Gründen** möglich; jedoch wird dann **eine angemessene Entschädigung** fällig,
§ 651 h I 3 BGB



Wichtig (!) aber:

Entschädigung entfällt aber, wenn am Bestimmungsort **unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände**

aufzutreten, die die Durchführung der Reise **erheblich beeinträchtigen, § 651 h III BGB**

2. Covid-19 als „außergewöhnlicher unvermeidbarer Umstand“

- **Pandemie grundsätzlich unstreitig außergewöhnlicher, unvermeidbarer Umstand**

Erwägungsgrund 31 der Pauschalreise-RL erwähnt sogar ausdrücklich **eine Epidemie als außergewöhnliche, unvermeidbaren Umstand**; bei einer **Pandemie** (bei der die Ausbreitung in geografisch größerem Ausmaß erfolgt), kann nichts anderes gelten

3. Eintritt am Bestimmungsort oder in dessen unmittelbarer Nähe

- Kann **auch Durchreiseorte** einschließen, weil es nach Erwägungsgrund 31 in erster Linie um die **Sicherheit des Reisenden** gehen soll, die auch bei Durchreise oder Aufenthalt (bspw. am Flughafen) durch die Pandemie bedroht sein könnte
- Genügt auch, wenn (noch) nicht ausgebrochen, aber **wahrscheinlich** (bei Klassifizierung als Pandemie und aktuellen Fallzahlen in Europa **so gut wie immer gegeben**)

4. „Erhebliche Beeinträchtigung“

- Bei **objektiver Betrachtung** muss sichere bzw. planmäßige Durchführung der Reise **unmöglich** sein
- Kann (auch) auf **persönliche Gefährdung und Infektionsrisiko** ankommen; aber auch der Ausfall von

- Anlaufhäfen bei einer Kreuzfahrt kann bspw. eine erhebliche Beeinträchtigung darstellen
- Auch wenn Ansteckungsgefahr im Reiseland verglichen mit Deutschland geringer ist, kann sich eine **erhebliche Beeinträchtigung** auch aus der **erhöhten Belastung/Überlastung des dortigen Gesundheitssystems** ergeben
 - **Beeinträchtigung muss nicht zwingend direkt von der Pandemie selbst ausgehen, es kann auch an die behördlichen Maßnahmen zur Bekämpfung angeknüpft werden!**
 - **Maskenpflicht** genügt grds. für erhebliche Beeinträchtigung!

Vgl. dazu

AG Düsseldorf, Urt. v. 12.02.2021, 37 C 420/20

- o es genügt bereits, dass der Reisende **verpflichtet** ist, einen **Mund-Nasen-Schutz zu tragen**, dass dies **den typischen Tagesablauf des Urlaubs wesentlich berührt**
- o anzunehmen bei allgemeiner Pflicht **auch „draußen“** in stark frequentierten Gebieten, bspw. Strandpromenaden

5. Bedeutung von „Reisewarnungen“

- **Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes als stärkste Form der offiziellen Empfehlung**;
allerdings kein Reiseverbot und Verbotsgesetz i.S.d. § 134 BGB

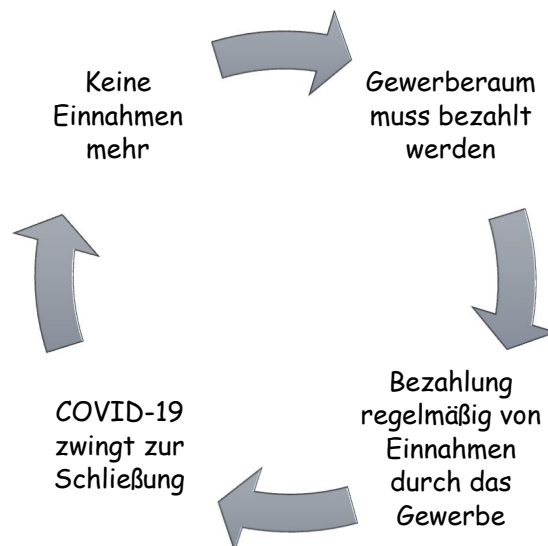
.
. .
. .

Ende Auszug

C. Auszug Covid 19 und Miete

Examensrelevanz: Sehr hoch!
(Zuletzt Niedersachsen/Hessen/NRW Oktober 2021)

- Das Thema „Corona und Miete“ ist vor allem im Bereich der Gewerberaummiete relevant. Das hat den folgenden Grund:



- Insoweit eröffnen sich insbesondere diese Themenkreise:

Problemfelder „Miete und COVID-19“

Kündigung des nicht-zahlenden Gewerberaummieters

Problem 1: Bestand der Hauptleistungspflichten

Problem 2: Möglichkeiten des Kündigungsschutzes

Mietminderung aufgrund nicht nutzbaren Gewerberaums

Problem 1: Corona als Sachmangel i. S. d. § 536 BGB?

Problem 2: Corona im Lichte des Wegfalls der Geschäftsgrundlage nach § 313 BGB

I. Kündigung des nichtzahlenden Gewerberaummieters

Sachverhalt: G mietet bei V Räumlichkeiten an. Als es zur Pandemie kommt, gerät er in finanzielle Schwierigkeiten und kann seine Miete zwischen dem 01.04.20 und dem 30.06.20 nicht mehr bezahlen.
Kann V ihm deswegen kündigen?

1. Kündigungserklärung

→ Die müsste V noch abgeben

2. Kündigungsgrund i. S. d. § 543 II Nr. 3 a.) BGB

- Ein bestehendes Mietverhältnis nach § 535 BGB soll gekündigt werden, weil der Mieter die Miete an mehr als zwei aufeinanderfolgenden Terminen nicht gezahlt hat. G hat drei Monate lang seine Miete nicht gezahlt, daher grds. (+)

.
. .
. .
. .
. .

Ende Auszug

G. Auszug: COVID-19 und allgemeines Schuldrecht

I. Auswirkungen der Pandemie auf das allgemeine Schuldrecht im Überblick

Hinweis: Teilweise finden Sie schon oben im Bereich Fitnessvertrag, Pauschalreiserecht und Mietrecht Ausführungen zu Unmöglichkeit, § 275 BGB und § 313 BGB.

Wir haben diese Probleme hier nochmals aufgeführt, um den Überblick zu erleichtern und diese Themen teilweise zu vertiefen.

Examensrelevanz in diesem Bereich ist für beide Examen hoch.

1. Fälligkeit der Leistung

- Grundsätzlich **keine Unterschiede, da unabhängig von Vertreten müssen**, § 271 I BGB
- Ausnahme im **Verbrauchsgüterkauf**: Leistungspflichten sind hier gem. **§ 475 I 1 BGB unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern** innerhalb von 30 Tagen zu erfüllen
 - **Ergo: innerhalb** dieser 30 Tage kann sich Verkäufer durchaus auf verzögernde Umstände berufen, die er nicht zu vertreten hat, bspw. **pandemiebedingte Belieferungsschwierigkeiten**

2. Fristsetzung i.R.d. Rücktritts gem. § 323 BGB

- je nach **Einzelfall** müssen Fristen **länger bemessen** sein, um „**angemessen**“ i.S.d. § 323 I BGB zu sein
- **aber: kein pauschaler Schuldnerschutz!**
 - **Interesse des Gläubigers** an Rücktritt und Wiedererlangung seiner Dispositionsfreiheit ist auch in

Pandemiezeiten **nicht automatisch** dem Interesse an der Vertragserhaltung untergeordnet!

3. „Vertreten müssen“ des Schuldnerverzugs, § 286 IV BGB

- Beweis des **fehlenden** „Vertreten müssen“ kann **Schuldner im Einzelfall** durchaus wegen Pandemie gelingen

Zum Beispiel:

- **Behördliche Schließungen** oder Tätigkeitsverbote im Zuliefererbereich
- **Ausfall von Zulieferern** wegen pandemiebedingter Insolvenz, etc.
- **Aber:**
Geld hat man auch während der Pandemie „zu haben“, siehe schon oben Abschnitt Mietrechtvertrag !

4. „Vertreten müssen“ i.R.d. §§ 280 f. BGB

- Hier gilt das unter 3. aufgeführte entsprechend
 - Insb. hat der Schuldner **keine** behördlichen Verbotsverfügungen i.R.d. Schutzverordnungen zu vertreten, die zu einer Unmöglichkeit der Leistung führen
- Dazu LG Köln, 29.04.21 – 85 O 23/20:
Pandemie als Fall „höherer Gewalt“ – wenn eine internationale Messe mit Teilnehmern aus der ganzen Welt, die Anfang März 2020 stattfinden sollte, Ende Februar abgesagt wird, liegt **kein Verschulden des Veranstalters** vor
 - **Wichtig: Maßstab ändert sich aber ggf. mit der Zeit!**
 - Anfang 2020 war Covid-19 vollkommen unbekannt und in seiner Dynamik unvorhersehbar;
Mai 2022 gilt das so nicht mehr

-
-
-
-
-
-
-

Ende Auszug

I. Auszug: COVID-19 und ZPO

Hinweis: Wichtig vor allem für die **mündliche Prüfung im 1. Examen** und **das gesamte 2. Examen**

I. Corona-bedingte Fragestellung im Zivilprozess

Hauptfragestellungen im Examen:

1. „Zumutbarkeit“ der Teilnahme an mündlicher Verhandlung im „Lockdown“?
2. „Zumutbarkeit“ der Einhaltung von Fristen und deren Verlängerung?
3. Erleichterungen im Vollstreckungsschutz?

Problem also:

„Widerspruch“ zwischen den teilweise „strengen“ Regelungen der ZPO im Hinblick auf Teilnahme im Prozess, Fristen und Vollstreckung und der anerkannten hohen Ansteckungs- und Gesundheitsgefahr bei Covid-19 Pandemie

II. „Umgang“ in der ZPO mit diesen Fragestellungen

Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid-19 Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht (im Folgenden „Covid-19-Gesetz“)

- Keine speziellen Regelungen für Zivilprozessrecht und Verfahren nach FamFG; allerdings werden die Wertungen aus dem Covid-19-Gesetz auch dort (i.R.d. Ermessens) zu würdigen sei

- **Wichtig:** Es geht in der Prüfung darum, mithilfe der vorhandenen ZPO Vorschriften eine „sachgerechte und faire Lösung“ zu finden

1. Examensrelevante Vorschriften in der ZPO hinsichtlich „Anwesenheit und Fristen“

a) Problemkreis „mündliche Verhandlung“

aa) Entscheidung ohne mündliche Verhandlung, § 128 II ZPO

- **Setzt** (fernmündlich sehr str; **ablehnend T/P § 128 Rdnr. 24) Zustimmung der beider Parteien** voraus; kann auch vom Gericht angeregt werden (aber auch hier muss Zustimmung der Parteien vorliegen)
- **Nach Zustimmung:**

Ermessensentscheidung des Gerichts, ob mündliche Verhandlung entbehrlich

- **Pandemiebedingte Erschwernis** der Durchführung einer mündlichen Verhandlung kann unter **Schnelligkeitsgesichtspunkten** berücksichtigt werden
- **Aber:** wenn **nur wegen des Gesundheitsschutzes** auf eine mündliche Verhandlung verzichtet werden soll, und der Fall ansonsten für eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung eigentlich **ungeeignet wäre**, wäre dies **ermessensfehlerhaft!!**

Dies umso mehr, da es mittlerweile ja die Möglichkeit der Impfung gibt !

(P) aber:

Es gibt (nach wie vor) **keine Impfpflicht!**

- Entscheidung **ohne mündliche Verhandlung** ist aber häufig unter Gesichtspunkten wie Aufklärung unklarer Tatsachen, Einigungsmöglichkeiten und zügiger Erledigung „**nicht gleichwertig**“(!)

- Nach jeder gerichtlichen Entscheidung muss **erneut** zugestimmt werden

•
•
•
•
•
•
•

Ende Auszug

Und zuletzt für die mündliche Prüfung noch der „Hammer“:

Die **äußerst (!!!) „fragwürdige“ und falsche Entscheidung des AG Weimar vom 8.4.2021Az: 9 F 148/21:**

Der „Schulleitung und den Lehrern“ zweier Schüler wird untersagt anzuordnen, dass die beiden Schüler auf dem Schulgelände „Gesichtsmasken aller Art“ tragen und den „Mindestabstand“ einhalten müssen. Auch die Anordnung des sog. „Corona Schnelltests“ wird untersagt.

Die Entscheidung (192 Seiten!!!) stützt sich auf **§ 1666 BGB (Kindeswohl)**

Die Entscheidung wurde von Anfang an **massiv und nachdrücklichst kritisiert – unter anderem:**

- Der „**Rechtsweg**“ zum Familiengericht ist **nicht gegeben**
- **Antragsgegner von Verboten** können nur **konkret benannte** natürliche oder juristische Personen sein
- **§ 1666 BGB** regelt gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls **durch die Eltern**

Wichtiger Hinweis:

Der **BGH vom 27. Oktober 2021, VII ARZ 35/21** hat „klargestellt“, dass die Familiengerichte (natürlich) **keine Befugnis** haben, Anordnungen wie oben dargestellt gegenüber den Schulbehörden als Träger der öffentlichen Gewalt zu treffen. Dafür sind ausschließlich die **Verwaltungsgerichte** zuständig.

Vorankündigungen Webinare 1. Halbjahr 2023

Alle Seminare / Kurse online in „Webinarform“:

Ab

26.11.2022 Crashkurs Zivilrecht -komplett-

**Sperl/Dr.Issa
und das Team**

**15.01.2023 „8 aus 6“: Die wichtigsten Entscheidungen
Zivilrecht**

Sperl/Dr.Zarifkar

5.02.2023 Das neue Gesellschaftsrecht 2024

Sperl/Pope